Dr. Siegfried Suckut: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich danke sehr für diese Einladung. Ich habe mein Thema so strukturiert, daß ich zunächst etwas über die Funktion der Blockparteien im politischen System sagen, sozusagen das Grundmuster skizzieren möchte, danach etwas über die gesellschaftspolitische Funktion und anschließend etwas über andere wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen dieser Parteien in der ehemaligen DDR. Zum Schluß möchte ich eine Art Bilanz versuchen.

Ich habe einen Themenbereich bewußt ausgeklammert: Ich werde nicht auf die Funktion dieser Parteien aus der Sicht der Mitgliederschaften detaillierter eingehen, weil das ja das Thema des anschließenden Vortrages von Herrn Lapp ist. Gleichwohl habe ich aber auch dazu gearbeitet und veröffentlicht. Ich habe einen Beitrag ausgelegt, den ich im Mai dieses Jahres für das „Parlament“ geschrieben habe. Auch der Wortlaut meines Referates wird Ihnen nachher zugänglich sein. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich auch an die Zeitvorgabe halten und mit 30 Minuten sicher auskommen werde.

Zum Thema: „Zur gesellschaftspolitischen Funktion und Bedeutung der DDR-Blockparteien“!

Wer heute den Versuch unternimmt, Aussagen zur Funktion der Blockparteien in der früheren DDR zu treffen, begibt sich auf schwieriges Terrain. Zwar läßt sich nach Öffnung der Archive vieles beantworten, über das bisher nur spekuliert werden konnte, doch geraten Beiträge zu diesem Fragenkomplex leicht in den Sog der politischen Diskussion, die seit der Vereinigung entbrannt ist.

Gelten diese Parteien den einen als Horte des Widerstandes, halten andere sie für bloße „Blockflöten“, für klassische Mitläuferorganisationen. Eine dritte Deutung führte Christian von Ditfurth in die Debatte ein, der vor etwas mehr als einem Jahr eine Monographie zur DDR-CDU vorlegte und die These vertrat, sie sei keineswegs als „Partei von Mitläufern“ anzusehen. Die Führungsrolle der SED anzuerkennen sei vielmehr „den meisten 'Unionsfreunden' . . . ein internes Bedürfnis“ gewesen. Die östlichen Christdemokraten als überzeugte Anhänger des DDR-Sozialismus? – Zweifel scheinen angebracht.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, ungeachtet der tagespolitischen Diskussionen und Interessen zu eigenen Aussagen zu kommen, die sich primär auf die nun zugänglichen Materialien in den Archiven der SED, der LDPD und der DDR-CDU stützen. Sie sollen aufgrund der knappen Zeit thesenartig formuliert werden. Im Mittelpunkt werden die „alten“ Blockparteien, CDU und LDPD, stehen.

Beide waren im Frühjahr 1945 als Parteien mit gesamtdeutschem Organisationsverständnis gebildet worden. Das entsprach den Vorstellungen der Gründungsväter ebenso wie den Interessen der Besatzungsmacht. Ihr ging es darum, die nichtkommunistischen Kräfte schon früh in ein festes Bündnis mit

der KPD einzubinden und von Berlin aus die Strukturen des zukünftigen gesamtdeutschen Parteiensystems und die Kooperationsformen vorzuprägen.

CDU und LDPD waren als Blockmitglieder formal gleichberechtigte Bündnispartner der KPD – eben keine Massenorganisationen – und hatten bei den Wahlen im Herbst 1946, zusammengenommen, ein besseres Ergebnis erzielt als die SED. Sie waren deren Verbündete, aber zugleich Konkurrenten um die Macht – ein Grundwiderspruch, der auch in den folgenden Jahren immer wieder aufschimmerte. So angepaßt sich ihre Führungen später verhielten, die machtbewußte Staatspartei sah in ihnen stets auch potentielle Kontrahenten.

Gerade die CDU und LDPD behielten bei den Machträgern das Odium von Organisationen, deren Mitglieder „altes“ Denken noch nicht überwunden hatten, zumindest in der Gefahr standen, ihm wieder zu verfallen. Kleinbürger eben, die sich ein Leninist nur als politisch noch Schwankende vorstellen konnte.

Unter gesamtdeutschen und Legitimationsaspekten war es für die SMAD wichtig, daß sie den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der östlichen Besatzungszone zumeist zugestimmt hatten, wenn auch oft nur widerwillig und auf massives sowjetisches Drängen hin.

In dem Maße, in dem sich die Spaltung vertiefte und der Aufbau des Sozialismus im Osten voranschritt, erschienen der SED nationale Rücksichtnahme und potentielle Vermittlungsdienste verzichtbar. Gerade in Phasen von revolutionärem Optimismus neigte sie dazu, die Bedeutung der Blockparteien nur noch gering zu schätzen; häufig schien deren Fortexistenz ernsthaft bedroht.

Das gilt etwa für das Jahr 1948, für die Monate nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die ersten Jahre nach dem Mauerbau und den Beginn der Ära Honecker, als die halbstaatlichen Betriebe in staatliche umgewandelt wurden und – kurz darauf – die „Schaffung der Grundlagen des Kommunismus“ zum Parteiprogramm erklärt wurde.

In Phasen machtpolitischer Verunsicherung der SED dagegen, speziell dann, wenn die Legitimationsdefizite des DDR-Sozialismus besonders spürbar wurden, konnten die Block-Verbündeten stets ihre Position festigen und erfreuten sich wachsender Wertschätzung durch die Führungspartei. So mit Beginn des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953, im Zuge der Entstalinisierungsdebatte 1956 und unter dem Eindruck der Entwicklung in Polen wie der zunehmenden ökonomischen Probleme im eigenen Land seit Ende der 70er Jahre.

Jetzt galt der Sozialismus als „relativ eigenständige langandauernde gesellschaftliche Entwicklungsformation“, in der sich soziale Vielfalt erhalte und sogar weiter ausprägen. Vom Kommunismus war nicht mehr die Rede, wohl aber vom „stabilen Platz“ und der „langfristigen Perspektive“ der Blockparteien, die nun ermutigt wurden, „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ – wie es hieß – beim Ausbau der sozialistischen Ordnung zu leisten.